

Maßnahmen

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 16 August 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Wohin steuert die Führung der KPD?

In seiner Broschüre „Was nun?“ entwickelt Gen. Trotzki den Gedanken, daß sich die Führung der KPD auf unseren Weg begeben würde, wenn sie nicht von Stalin abhängig wäre, an anderer Stelle weiter. Er meint, „die Schwenkung der Stalinisten ist unabwendbar“ (S. 109). „Ist einmal die Komm. Partei gezwungen, die Einheitsfronttaktik anzuwenden, so wird das fast unentrinnbar die Zurckschlagung der faschistischen Attacke gestatten. Seinerseits würde ein erster Sieg über den Faschismus die Bahn brechen für die Diktatur des Proletariates. Aber selbst an die Spitze der Revolution gestellt, wird die Komm. Partei noch viele Widersprüche in sich tragen. Die Mission der Linken Opposition würde durchaus nicht erschöpft sein. In gewissem Sinne würde sie erst beginnen...“ (S. 112). Wenn wir Gen. Trotzki richtig verstehen, so meint er: Unter dem Druck der objektiven Lage und der fortgeschrittenen Teile der revolutionären Arbeiterklasse, die von uns Linken zu einem gewissen Teil bereits aufgerüttelt wurden, wird der Parteiapparat wenden; diese Wendung aber öffnet die Möglichkeit des siegreichen Machtkampfes, selbst unter der Herrschaft des Zentrismus.

Wir leugnen nicht, daß der Zentrismus versucht, sich veränderten Bedingungen anzupassen, daß er ständig schwankt, laviert und manövriert. Seit April 1932 hat der Parteiapparat mehrere Wendungsversuche unternommen. Und auch nach dem neuen Rückfall des ZK vom 26. Juli, nachdem bereits offiziell auf Parteikonferenzen von Ulbricht erklärt wird, das Angebot an die SPD vom 16. Juni 1932 sei ein Fehler gewesen, ist von dem ersten Wendungsversuch in April wenigstens in der Gewerkschaftsfrage ein leiser Fortschritt zurückgeblieben.

Die Frage aber, um die es geht, ist nicht, ob der Zentrismus zu Wendungen fähig ist; dies kann nur ein hilfloser Sektierer leugnen, der den Tatsachen blind und taub gegenübersteht... Das, worauf es in der gegenwärtigen Situation ankommt, das sind die potentiellen Möglichkeiten einer solchen Wendung. Gen. Trotzki hltes für möglich, daß eine Wendung des Zentrismus nach links die Partei in eine siegreiche Revolution führen kann.

Diese Perspektive Trotzki basiert auf seiner Einschätzung des Charakters der Fehler der KPD und Komintern.

„Die Fehler der Kominternfhrung und damit auch der deutschen Kommunistischen Partei gehören“, schreibt Trotzki, „nach Lenin's familiärer Terminologie in die Kategorie der „ultralinken Dummdheiten.“

Dies gilt für das historische Ultralinkstum in der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1919—20, für die ersten Regungen des KAPismus. Ehe das Ultralinkstum zu einer Richtung, von kleinbürgerlich-anarchistischem Charakter in der KAP und ihren diversen Ablegern erstarrte, spiegelte es innerhalb des Spartakusbundes und der KPD, vor allem die revolutionäre Unerfahrenheit und Ungeduld proletarischer Schichten wider. Das ändert aber nichts daran, daß die Ideologie der Lauffenberg und Wolfheim, der Rhle und Schröder auch damals bereits einen durchaus kleinbürgerlichen Charakter trug.

Heute folgen dem Zentrismus in der KPD hunderttausende Arbeiter, Arbeiter, die die Erfahrungen der revolutionären Klassenkämpfe seit 1918 nicht miterlebt haben. Vergessen wir nicht, daß die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft erst im Jahre 1931 zur Partei stieß, während von den alten Kadern der Jahre 1918—1926 kaum mehr wie 30.000 bis 40.000 in der Partei geblieben sind.

Gerade die ungeheure Fluktuation, der stndige Wechsel der Mitgliedsmassen, bildet eine der Hauptwurzeln dafür, daß alle Illusionen, alle Dummdheiten, die sich 1919 in der Partei zeigten, immer wieder neu entstehen. Begnstigt wird diese Entwicklung durch den völligen Verzicht der Partei, aus ihrer eigenen Geschichte zu lernen.

Bedeutet das aber, daß die Fehler der Kominternfhrung und des ZK in die Kategorie der ultralinken Dummdheiten gehören, wie Trotzki meint?

Davon kann gar keine Rede sein. Die Thälmann, Remmele, Neumann, die Ulbricht, Dahlem, Heckert,

sie sind keine Neulinge in der revolutionären Bewegung; sie kennen die Geschichte der Komintern und der KPD so gut wie wir. Sie haben alle einmal mehr oder weniger vom revolutionären Marxismus verstanden, ehe sie das wurden, was sie heute sind.

Hier kann man von „Dummdheiten“ nicht sprechen, hier haben wir es mit einer politischen Richtung zu tun, die unvereinbar ist mit dem revolutionären Marxismus, mit einer besonderen Form des Zentrismus. Der Zentrismus der Komintern kombiniert eine ultralinke Taktik (Ablehnung der Einheitsfronttaktik, Gewerkschaftspaltung mit einer opportunistischen Strategie (Sozialismus in einem Land, Volksrevolution, demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern) zu einem politischen System, das in seinen Wirkungen nichts anderes darstellt, als einen ultralinken Menschewismus. Der Zentrismus in der Komintern ist nicht ein „fehlerhafter“ Bolschewismus, sondern ein dem Wesen des revolutionären Marxismus feindlich gegenberstehendes politisches System. Er steht der USPD von 1919 viel näher, als dem Bolschewismus von 1917. Spiegelt der Zentrismus in der Sowjetunion die Interessen der Sowjetbrokratie, der Arbeiteraristokratie, wider, so besitzt er in Deutschland kein festes soziales Fundament. In seiner Strategie der Volksrevolution zeigt er den starken Druck der kleinbürgerlich-faschistischen Umgebung, seine ultralinke Taktik wird ermöglicht durch die Unerfahrenheit der jungen revolutionären Kadern.

Unter dem Druck der fortgeschrittenen Arbeiter in der Partei kann der Zentrismus sowohl in der Komintern, als auch in der Sowjetunion nach links getrieben werden. Aber ein solcher linker Zick-Zack kann niemals einen Ubergang auf die Position des revolutionären Marxismus bedeuten.

Damit die Partei jene innere Klarheit und Kraft erlangt, die Arbeiterklasse in der Defensive zu sammeln und von der Periode der Sammlung, der siegreichen Abwehr des Faschismus, zum Machtkampf überzugehen, bedarf es einer völligen ideellen Umrüstung der Gesamtpartei, eines grundlegenden Umbaus der gesamten Partei. Zu glauben, daß der Parteiapparat — selbst wenn er zu einer Linkswendung gezwungen werden kann, selbst wenn es der Partei gelingt, Teilerfolge im Kampf gegen den Faschismus zu erzielen — den Machtkampf gegen einen so erfahrenen Klassengegner durchführen kann, das halten wir für eine gefährliche Illusion. Wir halten es für notwendig, der Partei mit aller Klarheit zu sagen, daß die Erfahrungen seit 1923 beweisen, daß der Parteiapparat völlig unfähig ist, eine revolutionäre Situation auszuwerten.

Es gibt Leute in der Partei, ja sogar solche, die sich für „Linke“ halten, die meinen: Zuerst muß der Parteiapparat umgebaut werden, dann wird die Partei erst kampffhig. Da aber der Parteiapparat vorläufig noch sehr intakt ist, so ist jede Aktion der Partei gleichbedeutend mit einer Niederlage. Und diese sonderbaren „Linken“ betrachten die Partei, die von den Thlmnnern geführt wird — und warten auf die „unvermeidliche Niederlage“, die zum Bankrott des Apparates führen wird.

Mit diesem Defaitismus haben wir nichts gemein. Die Linken folgen der Partei in jedem Kampf, nicht weil sie die Hoffnung Trotzki teilen, daß der Parteiapparat sogar eine siegreiche Revolution durchführen kann, sondern weil sie entschlossen sind, im Prozeß des revolutionären Kampfes, der die politische und moralische Verlotterung des Parteiapparates voll enthüllen wird — ein Symptom war der 1. Mai, 1929 — mit dem proletarischen Kern der Partei die neue revolutionäre Führung zu schaffen, die die Partei erst zum Sieg führen kann.

Wir alle sind durch die Schule Trotzki's gegangen; aber wir haben in ihr nicht die Hoffnung auf die revolutionären Möglichkeiten der Partei, auch unter zentristischer Führung, gelernt, sondern die „Clemenceau-Taktik“, d. h. die Bereitschaft, mitten im Kampf, mitten in der heranreifenden revolutionären Situation das Steuer der Partei aus den unsicheren Händen des Zentrismus zu nehmen, im Interesse der Partei und der Revolution.

Die „Antifaschistische Aktion“ der Verzweiflung

Der 2. August war wieder ein „historischer“ Tag in der Chronik der KPO. Ihr „Führer“ Kopenig hat wieder einmal — ohne daß es dieser politisch verwüsteten und ideologisch verödeten Partei aufgefallen wäre — im Auftrage des Polbros eine Wendung vollzogen. Nicht einmal das ZK wurde zu diesem Zwecke einberufen und befragt — aber weshalb nicht? Es macht, was man von ihm verlangt, und in der sommerlichen Schwlle merkt es schließlich gar nicht, daß man ohne es die Generallinie „wendet“.

Mit bürokratischem Hochmut kanzelt die „RF.“ vom 9. d. die kritischen Elemente in der Partei ab, die es nicht wagen, „vor dem Forum der Parteiarbeiter ihre provokatorischen (!) Verleumdungen (!) zu wiederholen“. Wer wird es auch wagen, seine Gedanken zu äußern, wenn er bei jedem Wort, das mit dem Gestammel eines Kopenig nicht übereinstimmt, als Provokateur und Konterrevolutionr verfolgt wird? Dieses erpresserische Parteiregime, das jedem den Revolver vor die Brust hält und ihn vor die Alternative stellt: Entweder Verzicht auf kritisch-revolutionäres Denken oder Ausschluß aus der Partei, treibt die Widersprüche der Generallinie nach innen und löst bei den Parteikadern Zersetzung und Verwirrung aus.

Worin besteht die neueste Wendung? Unsere Leser haben sicher noch lebhaft im Bewusstsein unseren Kampf, den wir gegen die Politik der „Volksmobilisierung“ führten, die mit einem pompösen Programm zur „nationalen“ und sozialen Befreiung einsetzte, die proletarische Klassenideologie durch die „Volksidee“ ersetzte und durch Sturmplne und Wettbewerbe den leninischen Begriff der Massenarbeit inkreditierte, um als Ergebnis bei der Selbstezucht im Sande zu verlaufen.

Dieser Politik, die in Deutschland mit dem Katastrophenvolksentscheid ihren Höhepunkt erreichte, setzten wir die Politik revolutionärer Mobilisierung des Proletariats gegen den drohenden Faschismus mit den Methoden der leninischen Einheitsfronttaktik entgegen. Im November-Dezember 1931 erfolgte die erste „Wendung“, nachdem wir Linken mit dem Hinweis auf die Entwicklung der faschistischen Gefahr in Deutschland und die Zusptzung der Lage in Oesterreich einen entschiedenen Kampf für die Politik der proletarischen Einheitsfront geführt haben. Am 15. und 16. November beschloß das ZK, schrieb die RF: „Die Notwendigkeit der Einheitsfronttaktik...“ Darauf organisierte das ZK den Einheitskongre im Februar und ließ ein Einheitskomitee wählen. (Von dem seither niemand etwas gehört hat.) Damit war die Periode der „Roten Einheitsfront“ rffnet. Im Wesen war diese Periode nur die Fortsetzung der alten Politik mit neuen Mitteln und forderte unsere schärfste Kritik heraus. Es war die Politik des bürokratischen Ultimatismus, der an Stelle des revolutionären Kampfes unter der Bedingung der leninischen Kampfeinheit die „Einheit“ unter Führung des ZK propagierte. Die „Rote Einheitsfront“ ging davon aus, die Ereignisse werden die SP-Arbeiter der KP zutreiben und damit sei die Einheit auf revolutionärer Grundlage hergestellt: Statt durch revolutionäre Realpolitik auf ein Kampfbndnis der proletarischen Massenorganisationen hinzusteuern, machte der Zentrismus der Kominternfhrung die Lslung der SP-Arbeiter von ihren Führern und Organisationen und die bedingungslose Anerkennung der KP-Führung zur Bedingung. Das Fazit dieser Politik war das Versagen der KP am 20. Juli in Deutschland und das Versagen der „Roten Einheitsfrontbewegung“ in Oesterreich.

Und nun haben wir seit dem 11. Parteitag, der im Juli 1931 stattfand, die dritte „Wendung“. Importiert wie die zwei vorherigen „Wendungen“ aus Deutschland. Wir haben in der letzten Nummer des „Maharuf“ bereits auf den verhängnisvollen Beschluß des ZK der KPD hingewiesen, der sich, das Zickzack mit der „Roten Einheitsfront“ abschließend, grundsätzlich gegen die proletarische Einheitsfront ausspricht und den Rückzug auf die Theorie vom Sozialfaschismus antritt. Die alte Politik wird im neuen Kleid präsentiert.

Entsprang die Politik der „Roten Front“ vom Juli bis November 1931 dem bürokratischen Leichtsinns des Zentrismus, so war die Politik der „Roten Einheitsfront“ bis Juli 1932 der Ausdruck der Ohnmacht, die den Zentrismus unter dem Motto „Antifaschistische Aktion“ in die Politik der Verzweiflung treibt.

Es ist charakteristisch, daß sowohl die SP- als auch die KP-Führung zu neuen Symbolen Zuflucht nehmen muß. Die SP-Führung braucht neue Symbole und Parolen, um ihre Kapitulations- und Verratspolitik vor den radikalisierten Massen, besonders der Jugend, zu verhüllen und um einen neuen

Kurs vorzuläuschen; die KP-Führung braucht sie, um den Kreislauf der zentralistischen Politik des gestrigen Tages auch auf den morgigen zu übertragen, ohne daß die revolutionäre Arbeiterschaft den Bankrott der Politik von gestern merken soll. Stand der Zentrismus vor einem Jahr noch in Konkurrenz mit dem Faschismus: ihr habt Volksrevolution — wir haben „Volksrevolution“, so haben ihm die Tatsachen in eine — um eine Nuance realere, aber deshalb nicht fruchtbarere Konkurrenz mit der SP getrieben: ihr habt „Eiserne Front“ (bezw. Jungfrontbewegung), wir haben „Antifaschistische Aktion“.

Es hieß Platz verschwenden, wollte man sich mit den üblichen hohlen Phrasen und Plattheiten Koplenigs auseinandersetzen. Wer soll noch die Beteuerungen über Gewinnung der Betriebe und der Schwächen der Gewerkschaftsarbeit ernst nehmen, wenn gleichzeitig der RGO-Kurs aufrecht erhalten bleibt. Was die linke Hand aufbaut, zerschlägt die rechte.

Nur auf einem Gebiete „wendet“ Koplenig nicht: im Kampfe gegen den „Trotzkismus“. Er fordert weitere Säuberung „von den lähmenden und schädlichen Einflüssen trotzkistischer ... Ueberreste ...“ Wir glauben aber, daß diese „Ueberreste“ im Wachsen sind und die einzigen Garantien darstellen, um den verbrecherischen Kurs des Zen-

trismus im Interesse der Partei und der Revolution zu liquidieren.

Was man von Koplenig nicht erwarten konnte, das war eine revolutionäre, initiale Stellungnahme zur Lage in Deutschland. Dies ist nicht nur aus bürokratischer Untertänigkeit gegenüber der um einen Rang höheren Bürokratie des großen Bruders zu erklären, sondern aus der ausgewogenen und zerfahrenen Philosophie des Zentrismus. Teile der aktiven Parteikaders hatten entweder den Sieg des Faschismus in Deutschland für unvermeidlich und unabwendbar, oder aber sie sahen, wie das ZK der KPD in seinem Aufruf vom 26. Juli, im gegenwärtigen Regime bereits die „faschistische Diktatur“. Diese Philosophie der Ohnmacht, Verzweiflung und Verwirrung trägt in sich den Keim der Zersetzung und des Defaitismus.

Mit solchen Kadern kann man weder agitieren noch kämpfen für eine aktive, initiale, revolutionäre Unterstützung des deutschen Proletariats in seinem Kampfe auf Leben und Tod mit dem Faschismus. Ebensoviele kann man die Voraussetzungen schaffen für die Kampfsolidarität mit der deutschen Arbeiterklasse, die letzten Endes ein Kampf gegen die eigene Bourgeoisie ist. Die Sammlung aller revolutionären Kräfte in der Partei und im Proletariat um die Linke ist ein Gebot der Stunde.

Lausanne und die deutsche Wirtschaftskrise

H. W. Die steigende Quantität der wirtschaftlichen Krise, die Unmöglichkeit für die deutsche Bourgeoisie, die Krise mit ökonomischen Mitteln zu lösen, hat dazu geführt, daß sie den Versuch, den deutschen Wirtschaftsapparat durch ausländische Kredite anzukurbeln, als hoffnungslos aufgegeben hat und sich zu dem Standpunkt bekennt: die ökonomische Krise kann nur durch politische Mittel beseitigt werden. Das ist die neue Formel, die den Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie innen- und außenpolitisch zugrunde liegt.

Die Abkehr von der Politik Brüning's, die sich außenpolitisch das Ziel der Streichung der Reparationen setzte und dadurch Deutschland wieder kreditfähig zu machen hoffte, hat sich in aller Deutlichkeit in Lausanne gezeigt. Hier ging es nicht mehr in erster Linie um die Streichung der Reparationszahlungen, sondern hier ging der Kampf des Außenministers Neurath und des Reichszanklers Papen um die politische Forderung der Rüstungsfreiheit für Deutschland. Im Bündnis mit Frankreich, in der Eingliederung in die neue Entente Frankreich, England, Italien, Belgien, die sich gegen Amerika richtet, hofft die deutsche Bourgeoisie den Wiederaufstieg Deutschlands ökonomisch und politisch mit den Waffen zu erkämpfen. In Lausanne hat die „neue Aera“ noch keinen Erfolg erzielt. Auch in Genf gelang es dem deutschen Imperialismus nicht, Frankreich zu bewegen, in der Frage der deutschen Aufrüstungen irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Im kommenden Kampfe gegen die Sowjetunion, in Europas Auseinandersetzung mit Amerika, wird der Zeitpunkt kommen, wo Deutschlands Bemühungen um das Recht der Aufrüstung Erfolg haben werden.

Unter diesem Gesichtspunkte verlieren die wirtschaftlichen Abkommen, die auf der Lausanner Konferenz getroffen wurden, an Bedeutung. Gewiß sind die 425 Millionen Reichsmark, die Deutschland ab 1936 zahlen soll, nominell gesehen, ein ungeheurer Fortschritt gegen die jährlich zu zahlenden 6,6 Milliarden nach dem Londoner Protokoll von 1921, den 2,5 Milliarden Reichsmark des Dawesplanes von 1924, den 2 Milliarden Reichsmark des Youngplanes von 1929 und den 2,5 Milliarden, die nach dem Ablauf des Hooverjahres jährlich zu zahlen gewesen wären. Wenn wir aber dem gegenüberstellen, daß Deutschland bisher seine Zahlungen aus ausländischen Krediten leistete, so stellen in Wirklichkeit diese Zahlungen von 425 Millionen Reichsmark erst den Beginn der Reparationszahlungen dar. Doch sind auch diese Zahlungen ungewiß; erstens, weil die Wahrscheinlichkeit der Ratifizierung der Lausanner Abmachungen abhängig ist von der Stellungnahme Amerikas zu dem Kriegsschuldenproblem, und zweitens, weil die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ohne Beihilfe durch ausländische Kredite noch in gar keiner Beziehung feststeht.

Im ganzen gesehen, bedeutet die Lausanner Konferenz einen Mißerfolg Deutschlands.

Bei dem Versuch, die politische Kräftekonstellation, die sich anlässlich des Wahlausganges ergibt, und ihre weitere Entwicklung zu erkennen, darf unter keinen Umständen der Faktor der sich immer noch verschärfenden Krise außer Betracht gelassen werden.

Die Preise für die Rohstoffe (Blei, Wolle, Hanf, Flachs, Ochsenhäute usw.) fallen weiter. Ihre Indexzahl, die für das Jahr 1913 mit 100 angenommen wird, ist in den letzten Wochen auf 45 gefallen, das ist seit Dezember 1931 um zirka 20 Prozent. Der Industrie entstehen durch den Wertverlust ihrer Lagerverräte immer größere Verluste. Die Unternehmungen sind aus Furcht vor weiteren Wertverlusten dabei, ihre Vorräte abzustößen, sogar soweit, daß der auch für die kleinsten Bestellungen notwendige Lagerbestand nicht mehr vorhanden ist. Das Institut für Konjunkturforschung weist in diesem Zusammenhange darauf hin, daß durch diesen Lagerabbau Stockungen in der Warenversorgung entstehen werden. Wirkt diese hier angeführte Tatsache als ein Hemmnis für die reibungslose Abwicklung des Verkehrs zwischen Industrie und Handel und damit auch der gesamten Distribution, so zeigt der Rückgang der Umsatzen im Lebensmittelwarenhandel die gefährlichen Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse.

Die Umsatzen des Lebensmittelhandels waren bis zum letzten Vierteljahr 1930, ja sogar noch bis zum ersten Vierteljahr 1931 gestiegen. Seit dieser Zeit ist ein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen.

Was bedeuten diese Erscheinungen?

Wenn bis zum ersten Vierteljahr 1931 der Umsatz der Lebensmittelwaren, trotz der schon vorhandenen starken Auswirkungen der Krise, nicht gesunken ist, so zeigt das, daß sich bis zu diesem Zeitpunkt die Kürzung des Gesamteinkommens der Arbeiterklasse für die Arbeiter im allgemeinen so auswirkte, daß die Lebensmittel besserer Qualitäten ersetzt wurden durch die minderer Qualitäten. Vor allem drückte sich das Sinken der Löhne und die Arbeitslosigkeit darin aus, daß die Arbeiter alle nicht unbedingt zur Lebenshaltung notwendigen Waren einsparten, wie Bekleidung und dergleichen. So war es bis zum Frühjahr 1931. Seit dieser Zeit setzte sich in erschreckendem Maße ein Prozeß fort, den man nicht anders als den absoluten Aushungerungsprozeß der Arbeiterklasse nennen kann. Hand in Hand damit geht der kulturelle Rückgang des Proletariats. Mit anderen Worten ausgedrückt, heißt das, jeder Pfennig Raub am Lohn oder an den Unterstützungen der Arbeiter kann nicht mehr durch Wenigerverbrauch von Kleidung, Rauchwaren, Theater- und Kinobesuchen überwunden werden, sondern drückt sich in weniger Nahrungsaufnahme aus. Niemals klangen die Worte, die Trotzki auf dem 4. Weltkongress sprach, wahrer als heute: „Nach unserem Standpunkt würde eine Sicherung der Macht der Bourgeoisie in Europa für eine Reihe von Jahrzehnten unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen nicht eine neue Blütezeit des Kapitalismus, sondern die wirtschaftliche Fäulnis und den kulturellen Zerfall Europas bedeuten.“

Der Rückgang des Umsatzes im Einzelhandel, der jetzt noch mehr als bisher eine Ueberbesetzung des Verteilungsapparates zur Folge hat, wird sehr viele Kleinhändler in Zukunft zwingen, ihre Geschäfte zu schließen. Ein Teil, wenn auch ein geringer Teil der Arbeiter, die sich als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit auf den Straßenhandel geworfen haben, wird wieder erneut in die Erwerbslosigkeit und diesmal ohne Erwerbslosenunterstützung, gestossen. Gleichzeitig werden die Warenhäuser verschiedene Abteilungen wegen Mangel an Umsatz schließen.

So zeigt uns der Rückgang der Umsatzen im Einzelhandels, der gleichzeitig Wirkung der Schrumpfung des Arbeitseinkommens ist, folgende Erscheinungen:

1. Das Versinken der Kleinbürger des Einzelhandels in die Erwerbslosigkeit und beim Fortsetzen der jetzigen Politik der KPD-Führung in die Arme des Faschismus.

2. Das Anwachsen des Erwerbslosenheeres, abgesehen von der Industrie, durch Zehntausende schon einmal aus der Erwerbslosigkeit ausgeschiedenen Straßenhändler und Hausierer und durch die Entlassung tausender Angestellter im Einzelhandel.

3. Den Beginn des absoluten Verhungerungsprozesses der Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhange sei noch erwähnt, daß die Beschäftigung in der Industrie weiterhin zurückgegangen ist. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist im Mai dieses Jahres auf 42 Prozent der Arbeiterplatzkapazität gesunken (gegen 54 Prozent im Vorjahre). Katastrophal ist die Lage in der Baubranche. Die Betriebe sind nur zu 13,4 Prozent ihrer Kapazität ausgenutzt.

Der Schrumpfung der Industrie folgt erst jetzt der Schrumpfungprozess des gesamten Handelsbetriebes.

Wenn wir hier den wirtschaftlichen und den damit verbundenen kulturellen Tiefstand des Proletariats aufgezeigt haben, so bedeutet das durchaus nicht, daß ein weiteres Sinken der Löhne und der Erwerbslosenunterstützungen ausgeschlossen ist. Nein, im Gegenteil, die Zerschlagung der Sozialversicherung und der Tarife ist das nächste Ziel der Bourgeoisie.

Diesem wachsenden Elend kann man nicht gegenüberstellen, wie es die KPD in immer verstärkterem Maßstab tut, die Möglichkeit des Aufbaues einer iso-

lierten, deutschen, sozialistischen Wirtschaft. So sagte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hörnle auf seiner Propagandareise durch Mecklenburg, zum Beispiel in Ribnitz zu den Fischern und Kleinbauern: „Wir haben in Deutschland alles, um die Ernährung des Volkes in einem sozialistischen Deutschland sicherzustellen.“ Diese national beschränkte Ideologie liefert nur dem Nationalsozialismus Wasser auf die Mühle und vergibt mehr und mehr die internationale Verbundenheit des Proletariats aller Länder.

Wo auch immer die Fragen des Lausanner Vertrags, der Konferenz von Genf, der Idee des Völkerbundes gestellt werden, da haben wir die Pflicht, dem imperialistischen Protektionismus und dessen Waffen, dem Militarismus, den faschistischen Ideen der Autarkie, gegenüberzustellen die internationale Parole:

Parole: der vereinigten Sowjetstaaten von Europa. Diese Losung wird bei jeder weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen Weltkrise an Bedeutung für das deutsche und europäische Proletariat gewinnen. Aus diesem Grunde muß die Losung „der vereinigten Sowjetstaaten von Europa“ in immer verstärkterem Ausmaße in die Massen des Proletariats getragen werden.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Das Ehrengrab Seipels

Umzäunt von denselben Mauern liegen die Toten des 15. Juli im Ehrengrab der „roten“ Gemeinde der Chef jener Regierung, die das Blutbad des 15. Juli befahl und verteidigte. „Verlangen Sie keine Milde von mir“, sprach Seipel, dem am Tage nach dem Massenmord, wo die Toten noch nicht aufgebahrt waren, die SP-Führer eine Koalitionsregierung anboten. Das Ehrengrab der Gemeinde Wien ist nur der folgerichtige Schlußakt einer sozialdemokratischen Komödie.

Und diese „Komödianten“ versuchen den Arbeitern mit Marxzitate ihre Schande zu verhüllen. Sie schänden die Opfer des 15. Juli nicht minder als Marx. Gefühlssozialisten seien jene, die von Haß erfüllt sind gegen ihre Feinde und Peiniger, „Marxisten“ dagegen seien jene, die Ehrengräber einem Seipel spenden und ihm „drei Salven über die Bahre“ schicken.

Marx sagt: „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformationen als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für die Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“

Die „Komödianten“ des Austromarxismus fälschen diese Worte bewußt in ihr Gegenteil um und legen — so wie sie es mit dem ganzen Lehrgebäude des Marxismus machen — einen ganz anderen Sinn in sie.

Solange Seipel lebte, hielten sich die SP-Führer im Kampf gegen Seipel an die kleinbürgerliche Ideologie. Sie führten ihren Kampf gegen Seipel nicht als Marxisten, indem sie in ihm den „Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen“ sahen, sondern kämpften als „Gefühlssozialisten“, wonach sie ihn als den österreichischen Störenfried, der an allem schuld sei, hinstellten. Damit lenkten sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter vom „kapitalistischen System“ auf den „bösen Seipel“ ab. Allgemein konnte man von den kleinen Bönzlein hören, was die großen ihnen verkauften: „Wenn der Seipel nicht wäre, dann möchte alles gut sein in der Republik“. Nicht das kapitalistische System, sondern der Seipel war schuld. Sie reduzierten den Klassenkampf zu einem persönlichen Kampf gegen den „Bösewicht“ Seipel. Damit war die Aufmerksamkeit des Proletariats von der Sache, dem Klassenkampf, auf die Person Seipels abgelenkt.

Diese Methode ändert die SP-Führung um 90 Grad, als sie es mit dem toten Seipel zu tun hat. Jetzt entdeckt sie ihn als Repräsentanten einer Klasse, der nicht etwa aus „Bosheit und Schurkere“ seine Politik machte, sondern aus Gründen seiner kirchlich-bürgerlichen Weltanschauung. Mit einemmal ist jeder ein „geschulter Marxist“, der das Ehrengrab und die Lobhudelei für Seipel billigt. Am Grabe des toten Seipel verrät die „Arbeiter-Zeitung“ ihren Lesern, daß Seipel, wie Marx sagt, „im Kopfe nicht über die Schranken“ hinauskommen konnte, „über die der Kapitalist im Leben nicht hinauskommen kann“ und er daher „zum Ideologen, zum geistigen Verfechter des Kapitalismus geworden ist“.

Und, Arbeiter, du fragst, warum dieser Unterschied zwischen lebendem und totem Seipel? Den lebenden Seipel durfte man nicht als Repräsentanten der herrschenden Klasse bekämpfen, denn das hätte die Klassengesetze und den wahren Charakter der demokratischen Republik enthielt und gerade das, was man nicht verhindern durfte, zu verhindern gedroht, die Genfer Sanierung mit all ihren Folgen bis 1932. Es wäre sonst unmöglich gewesen, die staats-erhaltende Politik der Sozialdemokratie mit all den Opfern, Erniedrigungen, Unrecht, Lohnraub und Zerrüttung der sozialen Rechte der Arbeiter, jetzt ist Seipel tot. Jetzt öffnet die reformistische Bürokratie ihr Herz und ehrt den Mann, mit dem sie gemeinsam ihrem gemeinsamen Gott — jeder auf seine Art — gedient hat: dem Kapitalismus. Wer weiß, wohin der Kurs gegangen wäre, wenn nicht Seipel 1922 mit Genf den Staat saniert hätte? Dieser Sanierung verdankt die Sozialdemokratie ihre Abgeordnetensitze, Parlamentspräsidien, gute Posten, alles in allem: die soziale Frage der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie fand ihre Lösung.

Seipel ist tot. Die Klasse, die er vertrat und wie kein anderer verkörperte, sie lebt und schwingt die Hungerpeitsche über das Proletariat. Der tote Seipel hat einen Teil des blauen Vertrauens der Arbeiter zur Sozialdemokratie mit in sein Grab gerissen. Sein Ehrengrab am Zentralfriedhof ist zum Kainszeichen der österreichischen Sozialdemokratie geworden.

Die kapitollnischen Gänse

Die römische Legende berichtet, daß einst Rom überfallen vom Feind, dadurch gerettet wurde, daß die heiligen Gänse am Kapitol durch ihr aufgeregtes Geschreie die schlafende Stadt alarmierten.

Die Tragik der Arbeiterklasse besteht darin, daß ihre „kapitolnischen Gänse“, statt zu alarmieren, wenn der Feind einfällt, beruhigend mit den Köpfen wackeln.

Nicht anders kann man das ungeheure Verhalten der SPD anlässlich jenes legendären „Nein“ Hindenburgs nennen. Vergegenwärtigen wir uns doch einen Augenblick lang die Situation, in der wir stehen. Am 31. Juli ist der Faschismus weiter gewachsen, wenn auch nicht gleichmäßig, wenn auch nicht mehr in dem rasenden Tempo, wie zwischen den zwei Wahlgängen der Präsidentschaftswahl. In der Erkenntnis, daß die Macht nicht mit Wahlpropaganda, sondern nur auf der Straße erkämpft wird, geht der Faschismus in der Wahnacht auf die Straße. Handgranaten werden in allen Teilen Deutschlands geworfen, Arbeiter wie Hasen niedergeknallt, Gewerkschaftshäuser ausgeräuchert, und damit das Lumpenproletariat in der SA ein besonderes Späßchen hat, müssen auch einige Synagogen daran glauben.

Um Berlin wurden tausende SA-Truppen konzentriert, um die „rote Stadt“, die Stadt, der das revolutionäre Proletariat so stark das Gepräge gibt, einzuschüchtern.

In einem anderen Lande würde man eine solche Situation als Bürgerkrieg bezeichnen; da aber im Hause des Geheunkens nicht vom Strick gesprochen werden soll, so spricht man in Deutschland nur von „Unruhen“.

Im Zeichen der planmäßig entfesselten „Unruhen“ trat Herr Hitler am 13. August vor den Reichspräsidenten und forderte dieselben Machtbefugnisse für sich, wie sie der italienische König Mussolini nach dem Marsche nach Rom gegeben hatte.

Hindenburg lehnte ab — nachdem Schleichen abgelehnt hatte und Papen — nach einigem Schwanken — gleichfalls abgewinkt hatte.

Es war für uns klar, und wir haben es an dieser Stelle wiederholt ausgedrückt, daß die Militärdiktatur Hitler einen Machtanteil gewähren will, daß sich aber die sozialen und politischen Kräfte, die heute die Militärdiktatur halten — der feudal-kapitalistische Block und die Reichswehr — nicht einfach dem politischen Monopol des Faschismus unterordnen wollen.

Was bedeutete das „Nein“ Hindenburgs? Eine Absage an den Faschismus? Eben das, schnattern freudig die kapitollnischen Gänse im demokratischen Blätterwald, vom „Vorwärts“ bis zur „Voss“. („Der 31. Juli und der 13. August 1932 werden in der deutschen Nachkriegsgeschichte historische Daten bleiben“, schreibt das „Berliner Tageblatt“ am 15. August.)

Das Hindenburgsche „Nein“ war keine Absage an den Faschismus, sondern die offizielle Einladung zur Machtteilung. Das Programm der Macht?

Nun, Herr von Gayl hat es in seiner Verfassungsrede klar bei Namen genannt: ein konterrevolutionärer Polizeistaat, in dem das Parlament den Schein, und das Herrenhaus, die 1. Kammer, das Sein bestimmt, in dem das Wahlrecht und das Wahlsystem konterrevolutionär verändert wird, mit einem Wort: eine „Republik“, die sich von Italien genau so unterscheidet, wie Ungarn, und damit der Vergleich vollständig wird, sind auf die Gaigen von Budapest bereits die Standgerichte in Preußen gefolgt. Und dem Reichsverweser Horthy scheint sich der Hohenzollernkronprinz an die Seite stellen zu wollen. — Arbeiterschutz? Sozialgesetzgebung? Blickt hin nach Ungarn und ihr habt das Vorbild für das „neue“, „nationale“ und „christliche“ Deutschland von Papen bis Bracht. —

Nur ein „kleiner“ Unterschied bleibt dennoch; in Ungarn hat die feudal-kapitalistische Reaktion die Arbeiterklasse niedergeschlagen, und der offene Faschismus der Hejas mußte sich mit der Henkerrolle begnügen, der Versuch der ungarischen Faschisten, der erwachenden Magyaren, die politische Alleinherrschaft zu erobern, scheiterte. Horthy-Bethlen-Karolyi folgen die Spitzen des Dorfes und eines großen Teils der Bourgeoisie, Arbeiterklasse und Landproletariat haben den Aderlaß der Konterrevolution von 1919 noch nicht völlig überwunden. Darum konnte sich die feudal-kapitalistische Konterrevolution in Ungarn bisher 13 Jahre lang halten. —

Aber in Deutschland? Wir sind noch nicht geschlagen, uns konnten sie noch nicht zur Ader lassen, uns haben sie noch nicht niedergeworfen. Die Militärdiktatur der Schleicher-Papen-Gayl ist eine Regierung der starken Worte, aber der schwachen Kräfte. Die reaktionäre Masse steht nicht bei ihr, sie steht bei Hitler. Die demokratischen Teile des Proletariats, die konservativ-bäuerlichen Teile des Südens lehnen sie ab und das revolutionäre Proletariat steht gegen sie.

Das weiß Hitler. Darum geht er aufs Ganze. Darum läßt er sich nicht mit Prozenten abspesen. Er weiß: ohne ihn kann Deutschland nicht in einen Massenkerker verwandelt werden, in dem ein Proletariat von 25 Millionen niedergehalten wird.

Zum Machtanteil, um über den Staatsstreich zur Alleinherrschaft zu gelangen — dazu steht ihm der Weg immer offen. Aber er kann nicht allzulange warten; das zeigen ihm die leisen Abbröckelungstendenzen seines proletarischen Anhangs. Darum geht er aufs Ganze. —

Es ist klar: die Lage ist gewitterschwanger, voll tödlicher Gefahren für das Proletariat. Seine „historischen“ Führer, die Thälmanns, Plek, bemühen sich, ihm zu beweisen, daß es besser ist, über den Verrat der SPD zu deklamieren und den Ereignissen zuzusehen, als durch ein ehrliches Kampfbündnis zwischen der KPD und SPD das Proletariat zur Abwehrfront zusammenzufassen. —

Die kapitollnischen Gänse im sozialdemokratischen Blätterwald aber wackeln freudig mit dem Hintern und loben den „Vater des Vaterlandes“.

cherzölle, diese Arme des Elends muß für die Milliarden-schulden der Rothschildbank aufkommen und hungern.

Nicht besser steht es mit den magistratischen Kostkindern. Von ihnen wurden 76 untersucht und 36 davon als unterernährt befunden. Diese Schmach muß die ganz besondere Empörung jedes sozial denkenden Menschen hervorrufen. Diese unschuldigen Geschöpfe, die entweder keine Eltern haben oder deren Elternhaus eine Hölle ist, sind allzuoft nur Ausbeutungsobjekt gewissenloser Menschen oder können auf Grund der niedrigen Kostgelder nicht besser ernährt werden. Aber das Uebel liegt bei den Kostkindern in dem System. Statt diese ärmsten und hilflosesten Geschöpfe in Anstalten unter Pflege eines geschulten Personals zu erziehen, werden diese Kinder der Willkür des Zufalls ausgeliefert. Die einen finden aufopfernde und gute Pflegeeltern, die meisten aber bleiben Fremdlinge in der fremden Familie und ihre Kinderseele leidet oft mehr als ihr schlecht genährter Körper.

Zu dieser Statistik des Kinderelends gesellt sich eine nicht minder beredete Statistik des Bundeskanzleramtes. Danach betrug im Jänner 1931 der tägliche Verbrauch an Brot 273.786 Kilogramm und an Weißgebäck 142.541 Kilogramm. Im Oktober 1931 aber sank der tägliche Verbrauch an Weißgebäck auf 138.343 Kilogramm, während der Konsum an Brot wohl auf 275.609 stieg, aber somit der Gesamtverbrauch zurückgegangen war, bezw. zugunsten des billigeren Brotes sich verschoben hat. Im März 1932 belief sich jedoch der Brotkonsum nur mehr auf 274.270 Kilogramm und der Konsum von Weißgebäck auf 132.136 Kilogramm pro Tag, somit eine Abnahme pro Tag um 1339 Kilogramm Brot und 6207 Kilogramm Weißgebäck.

Diese Statistik deutet nur das wirkliche Elend an. Tatsache ist, daß es Tausende gibt, die auch Brot nicht kaufen können.

81 gegen 80

Das Werk ist vollbracht. Die Sozialdemokraten sind — trotz aller Befürchtungen ihrerseits — doch überstimmt worden. Die Mehrheit der Wähler ist nach dem Ergebnis der letzten Gemeinderats- und Landtagswahlen gegen diese Regierung und gegen den Lausanner Vertrag. Aber der alte Gaul hat's geschafft, seine staatsbehaltende Opposition ließ sich mit einer Stimme überstimmen und damit dem gasterreichischen Volk eine neue Fessel durch das Finanzkapital anlegen. Und da wundern sich die Sozialdemokraten, wenn die Bourgeoisie aufs Parlament spuckt. Ein solcher Parla-

mentarismus, der sich selbst kastriert, er vermag niemandem Respekt einzuflößen. Er bockt wie ein alter Esel, aber schließlich zieht er doch ... Wie lange noch wird die Arbeiterschaft sich diese Schmach bieten lassen?

Heimwehr als Streikbrechergrade

In Wien haben sich die Arbeiter der Seidenfärbereien gegen ein Lohnraubdiktat zur Wehr gesetzt und wurden ausgesperrt. Seit Wochen stehen die Arbeiter im Kampf um ihren Lohn, den die Regierung durch ihre Steuerpolitik und der Unternehmer durch Lohnraub kürzen will. Da setzte nun die „Unabhängige Gewerkschaft“ der Herren Langauer und Lichtegger ein. Nachdem ihnen in Obersteiermark das Wasser von ihrer Mühle rinnt, hoffen sie in Wien ihren zerzausten Hahnschwanz aufzufrischen, indem sie von sich hören lassen. Sie beliefern die Herren Unternehmer der Seidenfärbereien mit Streikbrechern und die löbliche Polizei beschützt dieses dunkle Gelichter. Diese erbärmliche Brut, die selbst am Hungertuch nagt, fällt kämpfenden Arbeitern in den Rücken, um ein paar lumpige Silberlinge als Unternehmersöldlinge zu verdienen. Das Verhalten der Polizei zur streikenden Arbeiterschaft ist ein Schulbeispiel über den Wert der Demokratie. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit steht sie auf der Seite der Unternehmer und beschützt die Unternehmersöldlinge mit dem Hahnschwanz.

Waffenlieferungen der Leobner Bezirkshauptmannschaft an die Alpine

Der Bezirkshauptmann von Leoben, Dr. Urbanek, ließ am 8. August, um 16 Uhr, dreißig Kisten Gewehre auf Autos der Alpine verladen, um sie angeblich zum Verschmelzen der Alpine zu überlassen. Nach seinen Angaben handelt es sich um beschlagnahmte Waffen. Nun ist es jedermann bekannt, daß auch von der Alpine Waffen beschlagnahmt wurden. Und niemand wird glauben, daß die Alpineingenieure diese Waffen wirklich verschmelzen werden, selbst wenn sie zu diesem Zwecke übergeben wurden. Dagegen liegt viel näher die Annahme, daß unter diesem Vorwand die Bewaffnung der Alpinesöldlinge durch die Behörden vorgenommen wird. Was im Lande Steiermark niemand verwundern wird, denn dort ist man an andere Dinge gewöhnt.

Weltreform-Schwindel-Partei

Mit dem politischen Schwindel dieser Architektur-Heinz-Partei haben wir uns schon auseinandergesetzt. Nun sind wir auch in der Lage, auf den kriminalistischen Teil dieser Schwindel-Partei hinzuweisen. Auf Grund einer Annonce im „Wiener Tagblatt“, wonach eine Bürokrant mit fünftausend Schilling Kaution in bar gesucht wurde, meldete sich ein Beamter aus Wiener-Neustadt. Darauf wurde er vom Herrn Innenarchitekten Otto Heinz aus Wien besucht, der stellte ihm als Präsident des Vereins Weltreformpartei vorstelle, die sich zum Ziele setzt, daß jedermann ein bestimmtes Minimum an Einkommen (wie wir wissen, 5 1200 pro Monat!) gesichert werde. Der Präsident stellte dem Beamten eine Stelle als Buchhalter mit 300 S Monatsgehalt in Aussicht (sehr wenig und im schroffen Widerspruch mit dem Programm) und kassierte die 5000 S Kaution ein. Die Forderung des Beamten, Einblick in den Grundbesitzbogen für die ihm als Garantie in Aussicht gestellte Sicherstellung zu bekommen, wurde ihm zwar versprochen, aber das Versprechen nicht gehalten. Seither ist der Herr Präsident verschwunden und der geprellte Beamte kann über dessen Weltreform nachdenken ... Die Polizei sucht nun diesen abgefeimten Weltreformer. Wie oft werden sich Proleten und Kleinbürger von solchen Schwindeltrüben noch an der Naese herumführen lassen?

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagsordnung:

Lausame und die Sozialdemokratie.

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Provinz- und Wiener Abonnenten!

In der Nr. 14 des „Mahnruf“ waren für das 3. Vierteljahr 1932 die Erlagscheine beigelegt, füllt sie sofort aus und sendet das Geld ein, wir benötigen jeden Groschen.

Appell

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Proßfunde. Helft mit, Abonnenten werden.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Mahnrufigruppe) bei. Beitrittserklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/A, einzuweisen.

Arbeitslose! Betriebsarbeiter! Werdet Arbeiterkorrespondenten, liefert Berichte von den Stempelsteilen und aus euren Betrieben über die Tages- und Lohnfragen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrag der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborsstraße 52b.

